
Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Betäubungslose Ferkelkastration jetzt beenden

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die betäubungslose Ferkelkastration schnellstmöglich beendet wird und weitere Maßnahmen ergriffen werden, um die Schweinehaltung in Deutschland besser als bisher am Tierwohl auszurichten. Nach Ablauf der fünfjährigen Übergangszeit darf es keine erneute Verlängerung geben. Stattdessen müssen tierwohlgerechte Alternativen durch Förderstrukturen gestärkt werden, um deren nachhaltige Umsetzung sicherzustellen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Januar 2019 zu berichten.

Begründung:

Seit 2002 ist der Tierschutz als Staatsziel in Art. 20a des Grundgesetzes verankert. Tiere sind zu schützen und vor Schmerzen, Leiden und Schäden zu bewahren. Umso erschreckender ist die Tatsache, dass dem Staatsziel auf Bundesebene durch die Bundesregierung nicht hinreichend Rechnung getragen wird.

Dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft und den Landwirtinnen und Landwirten ist seit Jahren bekannt, dass ab dem 1. Januar 2019 männliche Ferkel nicht mehr ohne Betäubung kastriert werden dürfen. Es gibt zahlreiche Alternativen, den Ferkeln die damit verbundenen Schmerzen zu ersparen. Dazu zählen kastrationsfreie Alternativen wie die Ebermast und die Immunokastration sowie Kastrationen unter Betäubung und die Verabreichung von Schmerzmitteln. Die Untätigkeit und der Unwille der Bundesregierung und vieler Landwirtinnen und Landwirte, das Leid der Tiere zu beenden, darf das Land Berlin nicht einfach hinnehmen.

Die Bundesregierung will sich über die Entscheidung des Bundesrates hinwegsetzen und die Übergangsfrist zur Erprobung von Alternativen um weitere zwei Jahre verlängern.

Die Bundesregierung hat es verpasst, die bestehenden Alternativen für die Ferkelkastration rechtzeitig einsatzfähig zu machen und dafür zu werben. Sie missachtet damit den Tierschutz und ignoriert das millionenfache Leiden der Ferkel.

Das Land Berlin muss sich als Verbraucher*innen-Hauptstadt seiner Verantwortung bewusst sein, nach geltendem Grundgesetz handeln und die Einhaltung auf Bundesebene fordern.

Berlin, d. 11. Dezember 2018

Saleh Buchholz
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
der SPD

Bluhm U. Wolf Dr. Efler
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Die Linke

Kapek Gebel Dr. Taschner
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen